

### III. Erläuterungsbericht

### 1. Änderung

#### Inhalt

1.1.	Rechtsgrundlagen .....	2
1.2.	Lage des Gebietes .....	2
1.3.	Anlass und Ziel der Planänderung .....	2
2.	Allgemeine Planungsgrundlagen.....	3
3.	Planungen .....	3
3.1.	Planungsgrundsätze.....	3
3.2.	Land- und forstwirtschaftliche Nutzung.....	3
3.3.	Wegebau.....	3
3.4.	Wasserwirtschaft .....	3
3.5.	Naturschutz und Landschaftspflege .....	3
3.5.1.	Eingriffsregelung / Ausgleichsmaßnahmen.....	3
3.5.2.	Landschaftsgestaltende Anlagen .....	3
4.	Umweltverträglichkeitsprüfung.....	4

### **1.1. Rechtsgrundlagen**

Die Vereinfachte Flurbereinigung Steinau wurde durch den Beschluss des Amtes für Landentwicklung Bremerhaven vom 24.07.2007 eingeleitet.

Es handelt sich um eine Vereinfachte Flurbereinigung nach § 86 des FlurbG - i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794).

Mit dem Einleitungsbeschluss entstand als Körperschaft des öffentlichen Rechts die „Teilnehmergemeinschaft der Vereinfachten Flurbereinigung Steinau“, die sich aus den Grundstückseigentümern und den ihnen gleichgestellten Erbbauberechtigten zusammensetzt.

Die Grundzüge der Planungen wurden in den Neugestaltungsgrundsätzen nach § 38 FlurbG festgelegt und am 06.03.2007 mit dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung Referat 306 in Lüneburg (ML) abgestimmt. In einer Einzelfallentscheidung gemäß UVP-ÄnderungsRL 97/11EG hat das ML festgelegt, dass für das Projekt die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist, weil mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt gemäß den Kriterien des Anhangs III der UVP-ÄnderungsRL nicht zu rechnen ist.

Der Plan nach § 41 FlurbG wurde am 24.03.2009 durch die Flurbereinigungsbehörde genehmigt.

### **1.2. Lage des Gebietes**

Der Planungsraum liegt in der Samtgemeinde Land Hadeln im Landkreis Cuxhaven und umfasst überwiegende Teile der Gemarkung Steinau. Folgende Ortsteile befinden sich innerhalb des Verfahrensgebietes: Norderwesterseite, Süderwesterseite, Norderende, Süderende, Glind, Lauenteil, Höring, Mühedeich und Altbachenbruch.

Die Abgrenzung folgt weitgehend dem Verlauf der Gemarkungsgrenze. Nur ein Teilbereich nördlich der Neuen Trift ist nicht mit ins Verfahrensgebiet einbezogen. Die genaue Abgrenzung des Verfahrensgebietes kann der beigefügten Gebietskarte entnommen werden. Verwaltungsrechtlich ist das Gebiet der Mitgliedsgemeinde Steinau innerhalb der Samtgemeinde Land Hadeln zuzuordnen.

Der Planungsraum umfasst nach der letzten aktuellen Anordnung (Zuziehung) im südlichen Bereich eine Fläche von rd. 3.370 ha mit ca. 560 Teilnehmern.

### **1.3. Anlass und Ziel der Planänderung**

Um eine verbesserte Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen im südlichen Bereich des Verfahrensgebietes zu gewährleisten, soll die Wegebefestigung in einem Teilabschnitt verändert und in einem anderen Abschnitt erneuert werden. Desweiteren entfällt der Ausbau zweier Wege und einer Ausgleichsmaßnahme im Südosten des Verfahrensgebietes.

Die Maßnahmen dieser Änderung dienen dem vorhandenen Ziel

- Schaffung eines am heutigen Bedarfs ausgerichteten, leistungsstarken Wirtschaftswegenetzes durch naturschonenden und umweltverträglichen Ausbau auf vorhandener Trasse.

## **2. Allgemeine Planungsgrundlagen**

Die für die Planänderung relevanten allgemeinen Planungsgrundlagen sind im genehmigten Plan nach § 41 FlurbG dargestellt.

Die erfassten Planungsgrundlagen werden dieser Planänderung zugrunde gelegt.

## **3. Planungen**

### **3.1. Planungsgrundsätze**

Aus den bisherigen Erörterungen mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft, der Gemeinde Steinau und der Samtgemeinde Land Hadeln ergeben sich folgende Planungsgrundsätze und Maßnahmenkonzeptionen.

### **3.2. Land- und forstwirtschaftliche Nutzung**

Änderungen in der Nutzung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen sind im Rahmen der 1. Änderung nicht vorgesehen.

### **3.3. Wegebau**

Die geplanten Wegebaumaßnahmen sind hinsichtlich ihrer Lage, Ausbaulänge und Ausbaulänge im Einzelnen in der beigelegten Karte sowie im Verzeichnis der Anlagen und Festsetzungen (VdAF) dargestellt.

#### E.Nr. 108

Entfällt.

#### E.Nr. 114

Entfällt.

#### E.Nr. 118 und 119

Über den „Hullweg“ werden Grünlandflächen im südlichen Bereich des Verfahrensgebiet erschlossen. Die im nördlichen Abschnitt vorhandene bituminöse Befestigung befindet sich in einem schlechten Zustand. Ebenso der leicht befestigte südliche Abschnitt. Ein zukünftiger Aus- und Rückbau beider Abschnitte in Schotter (DoB) ist hier ausreichend.

### **3.4. Wasserwirtschaft**

Es sind keine Änderungen hinsichtlich wasserbaulicher Anlagen vorgesehen.

### **3.5. Naturschutz und Landschaftspflege**

#### **3.5.1. Eingriffsregelung / Ausgleichsmaßnahmen**

Durch den Aus- und Rückbau des Hullweges (E.Nr. 118 und 119) werden keine erheblichen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts verursacht. Ein Eingriff gem. §14 BNatSchG liegt somit nicht vor.

#### **3.5.2. Landschaftsgestaltende Anlagen**

Die im Plan nach § 41 geplanten landschaftsgestaltenden Anlagen wurden entsprechend den naturschutzfachlichen Zielen zur Sicherung und Entwicklung naturraum- und standorttypischer Biotoptypen und Landschaftselemente im VG entwickelt. Sie entsprechen z. T. auch den Aussagen des RROP und des LROP als übergeordnete Planwerke.

E.Nr. 503

Entfällt.

#### **4. Umweltverträglichkeitsprüfung**

Auf der Grundlage des § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird bei Flurbereinigungsprojekten durch eine Einzelfallentscheidung festgelegt, ob eine UVP durchzuführen ist oder nicht. Bei dieser Prüfung der UVP-Pflicht anhand der relevanten Kriterien nach Anlage 2 des o. g. Gesetzes entscheidet die Genehmigungsbehörde nach Vorlage von relevanten Unterlagen durch den Projektträger, ob eine UVP notwendig ist.

Die Projekt- und Standortbeschreibung sowie eine Beschreibung der potenziellen Auswirkungen nach festgelegten Auswahlkriterien erfolgten für die Flurbereinigung Steinau auf Grundlage von Art. 4 der UVP-ÄnderungsRL 97/11/EG bereits mit den Neugestaltungsgrundsätzen. In einer Einzelfallentscheidung hat das ML festgelegt, dass für das Projekt die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist, weil mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt gemäß den Kriterien des Anhangs III der UVP-ÄnderungsRL nicht zu rechnen ist.

Bei der Planung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen ergeben sich gegenüber den Darstellungen in den Neugestaltungsgrundsätzen keine gravierenden Änderungen.